

# €urobares!

**DIE LINKE.PDS** - Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt

[www.linkspartei-pdlsa-lt.de](http://www.linkspartei-pdlsa-lt.de)



Newsletter  
des Arbeitskreises V  
„Finanzen und Europa“

Ausgabe 24 07.02.2006-

Liebe Leserinnen und Leser,  
da das nach einer mehrmonatigen Pause der erste Newsletter dieses Jahres ist, erlauben wir uns, allen Lesern noch ein erfolgreiches, gesundes und angenehmes neues Jahr zu wünschen. In Sachsen-Anhalt stehen die Zeichen auf Landtagswahl. Auf ihrer Klausur Mitte Januar 2006 hat die Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS u.a. sieben Schwerpunkte für die ersten 100 Tage einer eventuellen Regierungsverantwortung verabschiedet. Diese finden sich u.a. in der heutigen Ausgabe. Finanz- und europapolitisch – das hängt nun mal oft zusammen – tut sich mit der Planung der neuen Strukturfondsperiode ab 2007 einiges. Relevant ist in diesem Zusammenhang auch die Föderalismusreform, die an die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau bereits gegangen ist und im zweiten Halbjahr die Finanzverfassung dann umkrepeln soll. Auch dies Themen dieses „Eurobares“. Last but not least beginnen am Wochenende die ersten Demonstrationen gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie in Berlin und Strasbourg. Wir haben noch einmal in einem Brief Bürgermeister, Handwerkskammern, Verbände und Vereine angeschrieben, sich an den Protesten zu beteiligen. Viel Spaß beim Lesen wünscht wie immer der AK V!

## → 7 Schwerpunkte des 100-Tage-Programms

Schwerpunkte	Kostenrelevanz
<b>1. Bildungsinvestitionsprogramm</b>	
Ganztags-Kitabetreuung für alle Kinder unabhängig vom Elternhaus	25 Mio. € bei Beibehaltung aller anderen Rahmenbedingungen für die Landeskasse
Sicherung der nachhaltigen Entwicklung der Hochschullandschaft Rücknahme der Budgetkürzungen im Hochschulbereich - u. a. als Voraussetzung für ein gebührenfreies Studium in Sachsen-Anhalt	Bis zu maximal 30 Mio € je nach Anrechnung der Zuschüsse für Tarifentwicklung und Exzellenzoffensive
Wiederaufgabe des SozialpädagogInnen-Programms an Schulen	2,3 Millionen Euro
Einleitung des Übergangs zur Hochschulausbildung für Kita-ErzieherInnen	In den Zuschüssen für Hochschulen enthalten
Einführung einer Bildungsquote in das Haushaltsrecht als Maß für die Nachhaltigkeit der Haushaltspolitik in der wissensbasierten Gesellschaft	kostenneutral
<b>2. Einstieg in die schrittweise Umsetzung des Konzepts „Schule für alle Kinder“</b>	
Ermöglichung aller Abschlüsse der Sekundarstufe I und des Weges zum Abitur nach 12 Schuljahren ohne Zeitverzug oder Qualitätsverlust an der Sekundarschule	kostenneutral
individuelle Förderung von Kindern mit unterschiedlichem Leistungsvermögen, Ausgleich von Nachteilen, Nutzung der Vorzüge gemeinsames Lernen	Kosten in Abhängigkeit zusätzlich benötigter MitarbeiterInnen
<b>3. Wege aus dem Lohndumping und der Hartz-IV-Falle</b>	
Tariftreue-Klauseln gegen Lohnverfall und als erster Schritt zu verbindlichen Mindestlöhnen	kostenneutral
Modellprojekt zur Steuerfinanzierung der So-	1,4 Mio €

zialausgaben im Mindestlohnbereich	
Modellprojekt zum Ersetzen der Ein- Euro-Jobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	kostenneutral
<b>4. Neuausrichtung der Verwaltungs- und Gebietsreform</b>	
Zweistufige Verwaltung	Langfristige Einsparungen im Personalbereich vor allem auf der kommunalen Ebene
Bildung von fünf Regionalkreisen	
Straffung der Strukturen innerhalb der Landesregierung	Langfristige Einsparungen im Personalbereich
<b>5. Leistungsfähige öffentliche Einrichtungen und Betriebe</b>	
Überprüfung der Ergebnisse der Privatisierungsstrategie der CDU/FDP- Koalition	Einsparungen möglich durch die Aufhebung kostenintensiver Privatisierungen (Vermessungsbereich)
Stopp der Forststrukturreform im Interesse der Stärkung des ländlichen	kostenneutral
<b>6. Intensivierung des Kampfes gegen Rechtsextremismus</b>	
Ausbau des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz innerhalb eines Landesprogramms für Demokratie und Toleranz	1,0 Millionen Euro
Aufnahme einer antifaschistischen Klausel in die Landesverfassung	kostenneutral
<b>7. Mehr Demokratie durch mehr Bürgerrechte</b>	
Informationszugangsgesetz	kostenneutral
Aufwertung des ehrenamtlichen Naturschutzes	

*Wulf Gallert*

### → Ein Viertel weniger EU-Mittel für Ostdeutschland in der Förderperiode 2007-13

Mitte Dezember des vergangenen Jahres hatten sich die Staats- und Regierungschefs des Europäischen Rates auf den Finanzrahmen für den EU-Haushalt von 2007 bis 2013 geeinigt. Mit einem Volumen von 862 Mrd. Euro für die 27 EU-Mitglieder blieben sie etwa 100 Mrd. Euro unter den Vorschlägen des Europaparlaments und dem Volumen der vorangegangenen EU-Förderperiode mit 15 bzw. in den letzten zwei Jahren mit 25 Mitgliedern. Der Anteil der Strukturförderung im Gesamthaushalt beträgt etwa 330 Mrd. Euro. Der Kompromiss und die vereinbarte Verringerung des Haushalts gehen zu Lasten der neuen Mitgliedsstaaten und der ostdeutschen Bundesländer. Vor einem Monat hat das Europäische Parlament den Finanzkompromiss zwar abgelehnt und mehr Gelder für Wachstum und Beschäftigung gefordert. Ob das zu weitreichenden finanziellen Zugeständnissen des Rates führen wird, ist fraglich. Während sich die Landesregierungen in Ostdeutschland bezüglich der Einbußen bedeckt halten und von bis zu 20 Prozent weniger Geld sprechen, plant die Bundesregierung in diesem Jahr noch einen höheren Vorwegabzug für eigene Bundesprogramme im Bereich Beschäftigung und Verkehr, wie Helmut Holter auf der europapolitischen Fachkonferenz der Linkspartei.PDS in Berlin sagte. Der Arbeitsminister Mecklenburg-Vorpommerns meinte am 21. Januar 2006 auch, dass es keine Mittelumverteilung zu Lasten des Sozialfonds (ESF) geben dürfe. Er dient in den strukturschwachen Ostländern zur Förderung in der Arbeitsmarktpolitik sowie der Qualifikation und beruflichen Integration.

*Silke Prange*

### → Föderalismusreform ohne Beteiligung der Parlamente

Nach dem Scheitern der Föderalismuskommission im Dezember 2004 hat die Große Koalition im Bund die größte Grundgesetzänderung in einer internen Arbeitsgruppe beschlossen und im Koalitionsvertrag verankert. Eine Einbindung der Parlamente und Kommunen erfolgte

nicht, erst recht keine öffentliche Diskussion. Die Föderalismusreform greift erneut die Gesetzesmaterien der gescheiterten Kommission auf. Die Rahmengesetzgebung wird abgeschafft, was besonders die Hochschulen und das Presserecht betrifft. Im Dienstrecht wird die Besoldung in Länderkompetenz gegeben. Im Umweltecht gibt es Abweichungsmöglichkeiten für die Länder. Inzwischen wachsen Kritik und Diskussion aus den betroffenen gesellschaftlichen Umfeldern; dennoch sollen im Eilverfahren Anfang März die Grundgesetzänderungen in Bundesrat und Bundesrat eingebracht werden. Bis zur Sommerpause soll alles entschieden sein. Finanzpolitisch sind besonders die ärmeren Bundesländer schon in dieser „Reform“ benachteiligt. Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau ist abgeschafft, die Wohnungsbauförderung soll auch in Länderhand gegeben werden. Mit dem nationalen Stabilitätspakt und der EU-Haftung werden die Landeshaushalte in Richtung Konsolidierung gedrängt. Die nötigen Mehrheiten für diese Föderalismusreform scheinen gesichert. In das allgemeine Konzert des Wettbewerbsföderalismus erklingen dann in der zweiten Jahreshälfte noch ganz andere Klänge. Dann soll die komplette Finanzverfassung auf den Prüfstand.

*Silke Prange*

### → Erhöhung der Mehrwertsteuer – (k)ein Thema für Sachsen-Anhalt

Die Linkspartei.PDS hatte in der Landtagssitzung am 20. Januar 2006 den Antrag gestellt, dass der Landtag von Sachsen-Anhalt die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer ablehnen solle (siehe unter aktuelle Anträge im Newsletter unten). Dazu entwickelte sich stellenweise eine fast schon groteske Debatte. Die FDP erklärte, die Sache zum zentralen Thema des Landtagswahlkampfes machen zu wollen, sie erklärte auch ganz offen, gegen die Erhöhung zu sein. Aber unseren Antrag überwies sie ganz konsequent in den Finanzausschuss. Dort könne man ihn ja in Zusammenhang mit ihrem Alternativantrag zu einer allgemeinen Debatte über Steuerkonzepte mal diskutieren. Die CDU stand natürlich zur Erhöhung der Mehrwertsteuer. Allein einen Tag später gab der Ministerpräsident Böhmer ein Interview, in dem er über die Notwendigkeit der Erhöhung der Mehrwertsteuer nachdachte. Und die SPD schließlich machte einen Salto rückwärts – vom Kampf gegen die „Merkelsteuer“ zum Ja zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und lehnte selbst eine Überweisung in den Finanzausschuss ab. Im Finanzausschuss am 26. Januar 2006 schließlich wurde eine Behandlung unseres Antrags erneut abgelehnt und auf die kommende und voraussichtlich letzte Sitzung im Februar verschoben, so dass eine erneute Behandlung im Landtag in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich ist. Aber die FDP bleibt hart. Es wird ihr Hauptthema im Wahlkampf sein.

*Dr. Angelika Klein*

### → EU-Dienstleistungsrichtlinie I

Unser Antrag zur EU-Dienstleistungsrichtlinie, den wir zu Beginn 2005 in den Landtag eingebracht hatten, war den anderen Fraktionen scheinbar nur eine Provinzposse wert. Die Mehrheit von SPD, CDU und FDP erklärte im federführenden Wirtschaftsausschuss im November 2005 den Antrag für nichtig, weil es keine neuen Entwicklungen diesbezüglich gäbe. Dem schlossen sich dann die selben Fraktionen im Europaausschuss an. Eine Woche später brachte allerdings der Binnenmarktausschuss des Europaparlaments mit den gleichen europa-parteilpolitischen Mehrheiten die EU-Dienstleistungsrichtlinie samt Herkunftslandsprinzip durch. Bereits im Oktober 2005 war informierten Leuten bekannt, dass das Europäische Parlament im Januar oder Februar 2006 die EU-Dienstleistungsrichtlinie abstimmen sollte. Dies ist nun am 15. Februar der Fall. Aber dieses Hin und Her in Sachsen Dienstleistungsrichtlinie zeigt sich nicht nur auf Landes-, sondern erst recht auf Bundesebene. Während die SPD dort das Herkunftslandsprinzip ablehnt, ist selbst im Koalitionsvertrag von CDU und SPD davon die Rede, dass es Änderungen beim Herkunftslandsprinzip geben muss; so sieht es im Übrigen auch ein Antrag der hessischen CDU-Regierung im Bundesrat vor. Dieser Antrag steckt jedoch im Bundesratsverfahren fest und wird von den uneinigen Vertretern der A- und B-Länder lieber ignoriert. Da sind CDU, SPD und FDP in Sachsen-Anhalt weiter und betrachten die Sache bereits als erledigt.

*Silke Prange*

[EU-Dienstleistungsrichtlinie zurückziehen und grundlegend überarbeiten](#), 17.02.2005 Drs 4/2030

## → EU-Dienstleistungsrichtlinie II

Die Entscheidung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie geht in die heiße Phase. Am 14. Februar 2006 läuft das Abstimmungsverfahren im Europäischen Parlament. Ende März sollen die Staatschefs im Europäischen Rat dann entscheiden. Das Ergebnis ist ungewiss, es lässt sich trotz des wachsenden Widerstands in der EU gegen Sozialabbau und Lohndumping, wie kürzlich bei den Hafentarifarbeitern mit Ablehnung des Port Package II, hier nicht ohne weiteres von einem Scheitern ausgehen.

Durch eine fehlende öffentliche Debatte und Aufklärung der Europäischen Kommission, was auf die Handwerker, Kommunen und auf Unternehmen, die Dienstleistungen erbringen, zukommt, ist den wenigsten Betroffenen bewusst, welche Auswirkungen die auch als Bolkestein-Richtlinie bekannte Initiative hat.

Besonders weitreichend sind die Auswirkungen für hiesige Menschen aufgrund des „Herkunftslandsprinzips“. Über das Herkunftslandsprinzip können die nationalen Sozial-, Lohn- und Ökostandards des Ziellandes umgangen werden durch alleinige Gültigkeit der Bedingungen des Herkunftslandes. Somit herrschen keine fairen Wettbewerbsbedingungen mehr und die Existenz der lokalen Dienstleistungserbringer ist stark gefährdet. Die Einbeziehung sämtlicher Dienstleistungen in die Richtlinie, setzt insbesondere soziale Dienste und die öffentliche Daseinsvorsorge weiter unter Liberalisierungsdruck. Die Zielländer selbst haben keine Kontrollmöglichkeiten über die ausländischen Dienstleister.

Da sich die Richtlinie auf sämtliche Dienstleistungsbereiche auswirkt, einschließlich Bildung, Wasserversorgung, ÖPNV und soziale Dienste sind auch die Kommunen und ihre Bürger/innen unmittelbar betroffen.

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie muss gestoppt werden! Deshalb ruft die Linkspartei.PDS gemeinsam mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und politischen Organisationen am 11. Februar in Berlin sowie mit den europäischen Gewerkschaften am 14. Februar in Strasbourg zu Demonstrationen auf.

Je mehr Menschen ihren Protest gegen diese Art von Marktöffnung und Liberalisierungsdruck deutlich machen - entweder durch die Teilnahme an Demonstrationen, durch Protestbriefe oder Einflussnahme auf ihren jeweiligen politischen Wirkungskreis - umso größer sind die Chancen, die Entscheidungen in Strasbourg und Brüssel noch zu beeinflussen.

*Silke Prange*

## → Aktuelle Anträge

[Wahrnehmung der Rolle der Investitionsbank als zentrales Förderinstitut des Landes Sachsen-Anhalt](#), 02.11.2005 Drs 4/2468

[Reform des Föderalismus nur unter Einbeziehung der Länder](#), 30.11.2005 Drs 4/2518

[Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung](#), 12.01.2006 Drs 4/2572

## → Termininfos

11.02.06	Demonstrationen gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie in Berlin und Strasbourg
14.02.06	Demonstrationen gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie in Berlin und Strasbourg
15.02.06	Europaparlament entscheidet über EU-Dienstleistungsrichtlinie
16./17.02.06	Landtagssitzung
27.02.06	AG Föderalismus in Berlin
10.03.06	Treffen der Europapolitischen SprecherInnen in Potsdam
20.03.06	Treffen der Finanzpolitischen SprecherInnen in Magdeburg
26.03.06	Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg

Ältere Ausgaben des „Eurobares“-Newsletters stehen unter [www.linkspartei-pdslsa-lt.de](http://www.linkspartei-pdslsa-lt.de) zum Download bereit.

Falls Sie Anregungen und Kritik loswerden oder diesen Newsletter nicht mehr beziehen wollen, senden Sie bitte eine Email an folgende Adresse: [prange@pds.lt.lsa-net.de](mailto:prange@pds.lt.lsa-net.de)

---

**Impressum:** Arbeitskreis V der PDS-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt,  
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg

Name	Telefon Landtag	E-mail
Dr. Helga Paschke	0391 – 560 1010	<a href="mailto:paschke@pds.lt.lsa-net.de">paschke@pds.lt.lsa-net.de</a>
Wulf Gallert	0391 – 560 5000	<a href="mailto:gallert@pds.lt.lsa-net.de">gallert@pds.lt.lsa-net.de</a>
Dr. Angelika Klein	0391 – 560 5101	<a href="mailto:klein@pds.lt.lsa-net.de">klein@pds.lt.lsa-net.de</a>
Marianna Mainka	0391 – 560 5012	<a href="mailto:mainka@pds.lt.lsa-net.de">mainka@pds.lt.lsa-net.de</a>
Silke Prange	0391 – 560 5019	<a href="mailto:prange@pds.lt.lsa-net.de">prange@pds.lt.lsa-net.de</a>